Griechenland und dem Vereinigten Königreich werden zwar erwähnt, sie wurden jedoch nicht in die Darstellung und Diskussion miteinbezogen. Eine Erörterung der Spezifika der Staatskirchen wäre um so wünschenswerter, als mehrere Autoren auf der Grundlage der neuesten Entwicklung insbesondere in Italien die These vertreten, daß das künftige „Staatskirchenrecht“ im geeinten Europa ein Kirchenvertrags-Recht sein wird. Diese Berichte, erweitert durch einen Beitrag zum kirchlichen Engagement aus katholischer Sicht zugunsten Europas seit Pius XII. (*Roland Minnerath*), werden ergänzt durch zwei europarechtliche Darstellungen. Während *Gerhard Robbers* die jeweils relevanten Bezüge des Gemeinschaftsrechts zu Fragen der Kirchensteuer, des kirchlichen Arbeitsrechts oder des Sonn- und Feiertagsschutzes herausarbeitet, bietet der Beitrag von *Detlev Chr. Dicke* einen eher lehrbuchartigen Einstieg in das institutionelle Gefüge der Europäischen Gemeinschaft. Hierbei liegt der Schwerpunkt eindeutig beim Verfahrensrecht und nicht bei den materiellen Inhalten und Kompetenzen des EWG-Vertrages. Einerseits wird bereits in Einzelfragen auf den Vertragsabschluß von Maastricht und seine erheblichen Veränderungen für die Römischen Verträge Bezug genommen wie etwa die ausdrückliche Verankerung des Subsidiaritätsprinzips. Andererseits bleiben neben vielen weiteren Neuerungen die beachtlichen Kompetenzerweiterungen des Europäischen Parlaments völlig unbeachtet. Hier fehlt leider eine sachliche Darstellung der tatsächlich vorhandenen Zuständigkeiten des Parlaments, die dem nicht sachkundigen Leser einen negativ wertenden und erstaunlich unvollständigen Eindruck vermitteln.

Soweit beim Europäischen Gerichtshof angesichts seiner auf Integration ge-

richteten Rechtsprechung mehr Zurückhaltung angemahnt wird, bleibt unerwähnt, daß gerade dieser Hof ohne Grundlage im EWG-Vertrag eine Grundrechtsdogmatik entwickelt hat und kontinuierlich anwendet. *Gerhard Robbers* weist zu Recht darauf hin, daß auch die Religionsfreiheit so Eingang in die Rechtsprechung der Gemeinschaft gefunden hat. Gerade die Betrachtung der Grundrechte durch den Europäischen Gerichtshof hat das Bundesverfassungsgericht in seinen „Solange“-Entscheidungen zur Voraussetzung der Anerkennung des Hofes als gesetzlichem Richter gemacht.

Die Veröffentlichung ist eine wichtige Momentaufnahme eines Themas, das für die Kirchen in Europa zunehmend an Bedeutung gewinnt. Viele nur ange deutete Bereiche haben inzwischen eine konkrete Fortentwicklung erfahren. Den Herausgebern ist unbedingt zuzustimmen, wenn sie zu dem Schluß kommen, daß die Kirchen diesem Prozeß gut vorbereitet begegnen sollten.

Heidrun Tempel

Nach-Denken. Zum Weg des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Im Auftrag des Kirchenamtes der EKD für die Arbeitsgemeinschaft zur Aufarbeitung der Vergangenheit hg. von Ulrich Schröter und Helmut Zeddies. GEP, Frankfurt am Main 1995. 230 Seiten. Br. DM 19,80.

Ein besonders frommes Buch ist das nicht, folgt man dem Dictum Martin Heideggers, daß das Fragen die Frömmigkeit des Denkens sei. Aber auch die Antworten der von den ostdeutschen Landeskirchen (nur zwei beteiligten sich nicht) gebildeten Arbeitsgemeinschaft lassen vieles offen, weil sie zu wenig erkennen lassen, daß und wie vor 1989

Kirchenbund-Positionen auch strittig waren. Man muß wahrscheinlich lange und ziemlich kontrovers miteinander geredet haben, bevor bzw. damit man zu einem so runden und insgesamt doch unanstößigen Text kommt. Der Leser, gedacht ist an „interessierte Zeitgenossen in und außerhalb der Kirche“, vorrangig an „Vertreter der jungen Generation“, spürt von alledem nicht viel, liegt ihm doch nur das nachdenkliche Ergebnis vor. Aber vielleicht geht er auch hier mit viel zu vordergründigen Erwartungen an den Text heran, den die siebzehn Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft in „persönlicher Verantwortung“ abgeben und von dem in der Einführung gesagt wird, er sei „gewissermaßen ein Kirchenleitungsbericht“. Und solches Genus ist naturgemäß kein Ort für steile Äußerungen.

Dennoch, wer sich an eine sorgfältige Lektüre macht, wird auch in und nicht nur zwischen den Zeilen kritische Hinweise auf „Irrtümer und Versäumnisse“ in der Arbeit des Kirchenbundes finden, wird ab und an darauf hingewiesen, daß es in dieser oder jener Sache nötig gewesen wäre, „sich wechselseitig stärker zu befragen und noch offener miteinander zu diskutieren“.

Die Autoren, darunter auch zwei vom Rat der EKD berufene Vertreter aus der alten Bundesrepublik, wollten nicht „lückenlos und umfassend“ den Weg des BEK nachzeichnen. Doch reißen sie, ungeachtet dieses löblichen Vorsatzes, noch immer zu viele Themen an – zu Lasten vertiefter Darstellung im Einzelfall. Die „besondere Gemeinschaft“ von Kirchenbund und EKD beispielsweise beansprucht etwas mehr als eine Seite, das Problemfeld „Helsinki-Prozeß und Friedensbewegung“ muß mit noch weniger auskommen, den Finanzfragen hingegen werden sechs Seiten eingeräumt. Derlei Unausgewogenheiten irritieren ebenso wie einige inhaltli-

che Aussagen. Es ist schlicht nicht zutreffend, daß für die Kirchen des Bundes bei ihrer Beteiligung am Helsinki-Geschehen „die Verwirklichung der individuellen Menschenrechte wie Informations-, Meinungs- und Reisefreiheit“ einer der Schwerpunkte gewesen ist, vielmehr wurde stets die Zusammengehörigkeit von sozialen und bürgerlichen Rechten betont.

Dennoch, ein erster Schritt ist mit Vorlage des Berichtes getan. Mit ihm haben sich vornehmlich solche zu Wort gemeldet, die „in leitender Funktion Verantwortung für den Bund getragen“ haben. Und es lag ihnen mehr an Rechenschaftsabgabe als an der Bestreitung bzw. Widerlegung plakativ erhobener Vorwürfe wie Kumpanei mit der Stasi oder fehlendes Schuldbekenntnis. Derlei hat ja auch sein Gutes in aufgeregter Zeit. Und daß im Rückblick auf den Weg des Kirchenbundes manches weniger kontrovers aussieht, als es zu der Zeit gewesen ist, da man „gemeinsam unterwegs“ war, ist wohl Resultat intensiven Nach-Denkens, das ohne „vordergründige Harmonisierung“ das Gemeinsame, Verbindende benennen wollte.

Der beigegebene und umfangreich gewordene Dokumenten-Teil ist hilfreich, kann man doch vieles, worauf in der Ausarbeitung hingewiesen wird, so gleich nachschlagen. Das Literaturverzeichnis hätte man sich allerdings etwas umfangreicher gewünscht.

Uwe-Peter Heidingsfeld

ÖKUMENISCHE WUNDEN

Siegfried Groth, Namibische Passion. Eingeleitet von Heinz Joachim Held und Carl Mau. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1995. 160 Seiten. Br. DM 19,80.